

**Christian Albrecht**  
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

**Nr. 72/2000**

**Kiel, Donnerstag, 11. Mai 2000**

**Sperrfrist: Redebeginn**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

In seinem Redebeitrag zu **TOP 27** (Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen) sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen ist in der Vergangenheit stets ein gemeinsames Ziel aller demokratischen Kräfte in Schleswig-Holstein gewesen. Zu diesem Anliegen trägt der vorliegende Antrag des SSW jedoch nicht bei. Er würde vielmehr sogar schweren Schaden anrichten.

Falls künftig Kenntnisse der Regional- und Minderheitensprachen einen Vorteil bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst bedeuten, wäre die Mehrheit der Bevölkerung von solchen Privilegien ausgeschlossen - und würde sich mit Recht benachteiligt sehen. Damit aber käme die Förderung der Regionalkultur und der Minderheiten total in Misskredit. Vieles, was in den letzten Jahren erreicht wurde, um ein positives Meinungsklima zugunsten der Minderheiten und der Regionalkultur zu entwickeln, würde dadurch fahrlässig zerstört.

Besonders unverständlich finde ich die Initiative des SSW vor dem Hintergrund der Diskussion, die in den letzten Wochen nördlich der deutsch-dänischen Grenze geführt worden. Ich meine die Kampagne, die ein Teil der dänischen Presse gegen die Ratifizierung der Sprachencharta angezettelt hat. Den dabei geschürten Ängsten, die deutsche Sprache solle in Nordschleswig zu einer zweiten Hauptsprache gemacht werden, hat Außenminister Niels Helveg Petersen (Radikale Venstre) mit Nachdruck widersprochen.

Dabei hob der dänische Außenminister hervor, dass die von seiner Regierung zur Sprachencharta angemeldeten Punkte in groben Zügen dem entsprechen, was auch Deutschland zugunsten der Minderheitensprache Dänisch angemeldet und ratifiziert hat. Damit werde die „Balance beim Schutz der beiden Minderheitensprachen“ erhalten, betonte Niels Helveg Petersen in diesem Zusammenhang.

Auch unter diesem Aspekt ist der Antrag des SSW problematisch. Eine Privilegierung von Kenntnissen der Regional- und Minderheitensprachen als Einstellungskriterium für den öffentlichen Dienst könnte - abgesehen von der rechtlichen Problematik einer solchen Bestimmung - die nördlich

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Landeshaus, 24171 Kiel  
Postfach 7121  
Telefon: 0431/9881488  
Telefax: 0431/9881497  
E-Mail: [fraktion@fdp-sh.de](mailto:fraktion@fdp-sh.de)  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

der Grenze geschürte Diskussion weiter anfachen und Ängste nähren, wie sie bereits in verschiedenen Zeitungen zum Ausdruck gekommen sind.

Eine solche Entwicklung würde dem Ziel einer konstruktiven Minderheitenpolitik insgesamt schaden.

Hans Heinrich Hansen, der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, hat unter Bezugnahme auf die in dänischen Medien ausgetragene Diskussion festgestellt: „Wir bewegen uns auf vulkanischem Grund“. Der Antrag des SSW provoziert neue Eruptionen. Auch deshalb lehnen wir ihn ab.

Nach Überzeugung der F.D.P. ist es eine wichtige Aufgabe der Landespolitik, die Minderheiten - und Regionalsprachen weiter zu fördern. Wir wollen, dass an deutschen Schulen vermehrt Angebote geschaffen werden, auch Dänisch als Fremdsprache zu erlernen. Wir wollen gleichermaßen die friesische und die niederdeutsche Sprache an den Schulen stärker verankern. Wiederholt hat die F.D.P.-Fraktion Haushaltsanträge vorgelegt, die auf die Wiedererrichtung einer regulären Friesisch-Professur an der Uni Flensburg und damit die Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Friesisch abzielten. Desgleichen haben wir wiederholt eine Stärkung des Niederdeutschen an Schulen und Hochschulen angemahnt.

In diesem Sinne sollte eine konstruktive Minderheitenpolitik Schwerpunkte setzen - und nicht mit Anträgen, durch die bloß alte Gräben neu aufgerissen werden !“